

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Seit 1871. Heute geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Postfach 1000. Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblattausgabe“ Nr. 6890-92.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.

Postfach 1000. Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: M. 3.50 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, ohne Transport; durch die Post bezogen: M. 4.50 monatlich, M. 13.50 vierteljährlich, mit Postzuschlag. — Bezugsbedingungen: Der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Verleger keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entbehrten Entgelts.

Anzeigenpreise: Erstmalige Anzeigen M. 1.25, ansonstige Anzeigen M. 1.00, örtliche Notizen M. 5.—, auswärtige Notizen M. 7.— für die einseitige Kolonelle oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Schluss der Anzeigenannahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 9, Poststraße 18, Fernsprecher: Amt Zentrum 11435-11437.

Donnerstag, 21. Juli 1921.

Abend-Ausgabe.

Nr. 334. • 69. Jahrgang.

Die sozialistische Stadtherrschaft in Berlin.

Als dieser Tage ein Spruch des Oberverwaltungsgerichts die Wahlen zur Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung und zu allen Bezirksversammlungen für ungültig erklärte, waren Seufzer der Erleichterung und Befreiung bis in die Reihen der Mehrheitssozialdemokraten vernehmbar. Im „Vorwärts“ wurde das zwar alsbald parteipolitisch ausgebeutet und abgeschwächt. Man nehme das Gute halt, wo man es fände und freue sich nur der bequemen Gelegenheit, unter günstigeren Vorzeichen als im Vor Sommer, der Zeit tiefsten Niedergangs, die Massen wieder um das alte Banner zu sammeln. Um die Wahrheit zu sagen: das kommunistisch-unabhängige Groß-Berliner Stadtrégiment, die Karikatur einer geordneten städtischen Verwaltung, fiel nachgerade auch den Mehrheitsleitern auf die Nerven und wenigstens die Ernsthaften unter ihnen mochten sich beim Anblick der Mißwirtschaft kaum schwerer Bedenken für die Zukunft zu entschlagen.

Diese Groß-Berliner Vorgänge waren ja nicht nur örtlich zu bewerten. Ihre Bedeutung reichte weit über das Reichbild der neuen Riesengemeinde hinaus. Man sagt, die Sozialdemokratie hätte sich gerade um die Kommunalpolitik besondere Verdienste erworben. Sie hätte zuerst ein wirklich kommunales Programm geschaffen, das sich dann nach und nach auch die bürgerlichen Parteien angeeignet hätten. Daran wird soviel richtig sein, daß man sich vor dem Kriege in einer sozialreformistischen gestimmten Zeit mehr und mehr mit den Kommunalisierungsideen zu befreunden begonnen hätte. Die lagen damals in der Luft. Das Manichäismus, das pfiffige sozialistische Schreiberlein jetzt wieder als politischer Kinder-Schreck zu beschwören trachten, war längst gestorben, die Macht der sozialen Impulse in ständigem Wachsen und auch den in den Stadtvertretungen maßgebenden Schichten schien es nun ratsam, die Hand der Gemeinde auf Unternehmungen und Betriebe zu legen, die sich auf die Art besser und billiger, mit größerem Nutzen für die Gemeinschaft städtischer Steuerzahler bewirtschaften ließen. Inzwischen haben wir alle miteinander einen furchtbaren Anschauungsunterricht genossen. Wir wissen jetzt, daß Kommunalisierung und Sozialisierung unter Umständen in einem blühenden Wirtschaftskörper die Krönung darstellen können. Daß sie aber, mit St. Simon zu reden, in „sinkenden Zeiten“ für die Gesellschaft, für Staat und Stadt, zum Verderben ausschlagen müssen. Denn in solchen Zeitläuften fehlt es an allem, was eine öffentliche Verwaltung zu rechtfertigen und profitabel zu machen vermag. An der strengen Redlichkeit und Rechtfertigung, die, von oben angefangen, durch das ganze Getriebe geht, an dem als Selbstverständlichkeit empfundenen Sinn für Pflichterfüllung, an der Autorität hier und der Unterordnung drüben und an der Kraft, Leistung und Entlohnung, Ansprüche und Schuldigkeiten gerecht gegeneinander abzuwägen.

Immerhin hätte man noch verzeihen können, was der Sozialismus nach der Richtung verfuhr. Es liegt in der Natur des einzelnen wie der Parteien, daß sie, wenn überhaupt, nur durch Schaden, erst auf Grund eigener Erfahrungen klug werden. Schwerer wog, was die vereinigten Sozialdemokraten und Kommunisten aus den auf ihr Betreffenden kommunalisierten Unternehmungen machten. Da war alle Theorie bald vergessen und die städtischen Betriebe wurden zum Mittel, sich um jede Verantwortung gegen die Gesamtheit zu brücken, die anders Denkenden aber dauernd zu fränten.

In allen den Stücken hat das sozialistische Groß-Berliner Stadtrégiment Sünden ohne Zahl gehäuft. Von der Verwaltung um ein städtisches Amt erhielt allemal nicht der Fähigste, sondern der vom Standpunkt der Gewalttätigen Gesinnungstüchtigste den Zuschlag. Selbst das reichgegliederte Schulwesen dieser größten deutschen Kommune scheute man sich nicht, trotz der berechtigten Erregung und Gewissensangst aller bürgerlichen Elternkreise, einem vertriebenen Einspänner zu überantworten, der bislang in Hamburg auf dem Gebiet der Volksschule, auf das seine Vorbildung ihn hinwies, mit wechselndem Erfolg experimentiert hatte. Die städtischen Kassen, ohnehin schon durch Krieg und Kriegswirtschaft schier bis auf die Reize geleert, gerieten vollends in Unordnung. Was tat's? Man zog die Steuerschraube immer fester an und ließ die Preise für die Leistungen der städtischen Unternehmungen höher und höher schnellen. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung aber sah es Donnerstag für Donnerstag aus wie im Konvent vor dem Rechten Thermidor oder zwischen dem 13. Vendémiaire und 18. Brumaire. Auf den Tribünen sammelte sich der Abhub der Großstadt, schüttete über die bürgerlichen, bisweilen aber auch über die mehrheits-

sozialistischen Redner den Unfath seiner ewig ungewaschenen Mäuler aus und schwang, von dem Unabhängigen Stadtverordnetenvorsteher Wenl nur leise gewehrt, drohend gegen sie den Knüttel.

Es ist ein Glück inmitten des mannigfachen Unglücks, das uns täglich und stündlich heimsucht, daß das Oberverwaltungsgericht gefunden hat, diesem Zerrbild einer städtischen Vertretung fehle die Legitimation. Nun hat sich das Bürgertum von Groß-Berlin solchen Glücks aber auch würdig zu erweisen. Im Vorjahre, nach den Emotionen der Reichstagswahl, blieb es in saumfelliger Pflichtvergessenheit zu Hause. Oder aber es wählte spielerisch, in der Fehlmeinung, daß es auf diese kommunalen Dinge so viel am Ende nicht ankomme, gar keine Mitglieder. Nunmehr ist man hoffentlich zu der Erkenntnis gekommen, daß Groß-Berlin seine sozialistische Mehrheit in seinem Stadtparlament vertritt. Es muß wieder sachlich und sachgemäß, ernst und gewissenhaft gewirtschaftet und gearbeitet werden. Selbstsucht und in Generationen zur zweiten Natur gewordenen Pflichtgefühl müssen die eigensüchtigen Antriebe regulieren und bändigen. Dieses letzte Jahr Berliner Stadtherrschaft hat den Wert eines allgemeinen gültigen Schulbeispiels!

Christlicher Bergarbeiterverein und Brotvertenerung.

Br. Bochum, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Lohnbewegung, die infolge der Verteuerung der Lebensmittel in den verschiedenen Gegenden Deutschlands eingeleitet hat, hat nun auch auf den rheinisch-westfälischen Industriebezirk übergriffen. Eine Konferenz des Christlichen Bergarbeitervereins für den Bezirk Bochum hat beschlossen, die Preissteigerung zu erörtern. Maßnahmen für eine Lohnerhöhung als Ausgleich der Verteuerung der Lebensmittel zu treffen.

Ein Brief des bayerischen Kronprinzen aus dem Jahre 1917.

Br. München, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die „Münchener Mittagsblätter“ veröffentlichten einen Brief des bayerischen Kronprinzen an den Grafen Hertling vom 19. Juli 1917, in dem auf die Notwendigkeit eines Friedensschlusses mit Rußland und eines Friedensschlusses überhaupt bis zum Frühjahr 1918 hingewiesen wurde. Der bayerische Kronprinz ist damals für die Erreichung des Status quo ante eingetreten. Anschließend folgte eine Betrachtung der innerdeutschen Verhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der Lage Bayerns.

Der Wiederaufbau der Hapag.

Br. Hamburg, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Von September ab wird die Hamburg-Amerika-Linie wieder mit eigenen Dampfern für Südamerika versehen sein. In diesem Monat wird der auf der Werft des Bremer Vulkan im Bau befindliche „Bavaria“, ein 12.000-Tonnen-Schiff, und der auf der hiesigen Werft im Bau befindliche frühere Schnelldampfer „Deutschland“ unter dem Namen „Hansa“ in die Route Hamburg-New York eingereiht werden, und im November wird ein Schwesterschiff der „Bavaria“, die ebenfalls auf der Bremer Vulkanwerft im Bau befindliche „Wartimbera“, folgen. Den bisherigen Fracht- und Passagierdienst Hamburg-New York tätigen Dampfer der United American Line. Zum erstenmal nach dem Kriege hat die Hapag jetzt auch wieder einen eigenen allgemeinen Fahrplan, der die Abfahrtsdaten mit allen von ihr unterhaltenen Schiffen angibt, herausgegeben. Der Fahrplan soll künftig monatlich erscheinen.

Das Ende des deutschen Kreuzers „Frankfurt“.

D. London, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem den ganzen Tag Heeres- und Marineflieger den ehemaligen deutschen Kreuzer „Frankfurt“ mit Bomben beworfen hatten, ist er schließlich gestern durch Zufall gelungen, das Schiff zu vernichten. Eine 600-Pfund schwere Bombe explodierte in der Nähe des Schiffes im Wasser, wodurch das Schiff entzündet wurde. Im ganzen wurde die „Frankfurt“ elfmal getroffen mit 5 Blindgängern. Man hatte bereits Schloß, Torpedolager auszuscheiden und das Schiff in den Grund zu bohren.

Obstruktion im braunschweigischen Landtag.

Dz. Braunschweig, 20. Juli. Die braunschweigische Landtagsopposition des Landeswahlverbandes veröffentlichte eine Erklärung, nach der sie entsprechend ihren Beschlüssen nur so lange Obstruktion zu treiben beabsichtige, bis die kritische Frage der Rechtszuständigkeit des gegenwärtigen braunschweigischen Landtags entschieden sei.

Arbeiterentlassungen auf den Kieler Werften.

W.T.B. Berlin, 20. Juli. Nach einer Meldung des „B.T.“ aus Kiel ist infolge geringer Aufträge die wirtschaftliche Lage der dortigen Werften sehr unsicher. Die Deutschen Werke und die Germania-Werft müßten Arbeiterentlassungen vornehmen und Forderungen einführen. Auch bei den Howaldtswerken ist mit ähnlichen Maßnahmen zu rechnen.

Ein Denkmal für Liebknecht und Rosa Luxemburg in Suhl.

Dz. Berlin, 21. Juli. Dem „B.L.M.“ zufolge wurde in der von den Kommunisten beherrschten Stadt Suhl in Thüringen im Stadtpark unter Beteiligung sozialistischer Arbeiter- und Sängervereine ein Denkmal für Liebknecht und Rosa Luxemburg eingeweiht.

Englands Antwort auf die französische Note.

D. Paris, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der englische Geschäftsträger hat sich gestern nachmittag ins Ministerium des Auswärtigen begeben und Briand die Antwort der englischen Regierung überreicht. In ihrer Antwort betont die englische Regierung aufs neue die Notwendigkeit, eine Tagung des Obersten Rates in der Zeit vom 27. bis 30. Juli nach Boulogne einzuberufen. Die englische Regierung hält die Lage in Oberdeutschland für gefährlich und erklärt, daß zu jeder Zeit ernste Unruhen sowohl von polnischer wie von deutscher Seite dort ausbrechen können und daß diese Unruhen um so gefährlicher sein werden, je länger die jetzige Lage dauert. Die Note weist ferner darauf hin, daß Lloyd George und Balfour, die auf dieser Konferenz England vertreten sollen, im August abwesend sein werden. Die Tagung des Obersten Rates muß daher vor Ende des Monats stattfinden. Da die Zeit so kurz bemessen ist, wird es nicht mehr möglich sein, vorher Beratungen von Sachverständigen stattfinden zu lassen, wie die französische Regierung es wünscht. Der Oberste Rat muß sich zuerst mit der Frage von Truppenverpflichtungen nach Oberdeutschland befassen und sodann das oberdeutschliche Problem selbst prüfen. Die Note erklärt schließlich, falls Lloyd George durch die irische Frage zurückgehalten werden sollte, werde Lord Curzon zusammen mit Balfour die englische Regierung vertreten.

Die französische Regierung wird sofort, wahrscheinlich heute, auf diese Note antworten. Sie wird ihren bisherigen Standpunkt entschlossen aufrechterhalten. Briand glaubt nicht an die Zweckmäßigkeit einer Tagung des Obersten Rates vor Ende dieses Monats. Er hat keineswegs die Absicht, die Lösung der oberdeutschlichen Frage zu vertagen. Er ist jedoch der Ansicht, daß sich der Oberste Rat gegenwärtig nur mit der Frage der Entsendung von Truppenverpflichtungen befassen könnte. Andererseits hätte es keinen großen Zweck, lediglich über die Frage der Truppenverpflichtung zu diskutieren, da die interalliierten Vertreter in Osnabrück, der englische Vertreter inbrünstig, einstimmig die Notwendigkeit der Entsendung von Truppenverpflichtungen proklamiert haben. Um das oberdeutschliche Problem selbst zu lösen, müssen erst genügende Dokumente für die Diskussion gesammelt werden. Es müssen weiter Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Oberdeutschland getroffen werden. Schließlich muß die Frage der Aufteilung des Gebietes von technischen Sachverständigen geprüft werden. Erst dann werde der Oberste Rat in der Lage sein, nützliche Arbeit zu verrichten. Die Tagung der Sachverständigen könnte während der Abreise von Truppenverpflichtungen stattfinden, und der Oberste Rat könnte Ende August zusammentreten. Was die Entsendung von Truppenverpflichtungen betrifft, so sei Frankreich bereit, eine Division nach Oberdeutschland zu entsenden.

Dz. Paris, 21. Juli. Die französische Antwort an England soll bereits gestern Abend an die französische Botschaft in London abgegeben sein. Die französische Regierung erklärt, daß sie einig sei, einen Effektbestand der französischen Truppen in Oberdeutschland zu erheben. Ein gemeinsamer Schritt der drei Kommissare in Osnabrück liege hierüber vor, durch den Verlangungen verlangt werden. Frankreich nehme dieses Verlangen an und sei bereit, eine Division zu entsenden. Die französische Regierung verlange, daß die Sachverständigen am kommenden Montag zusammentreten und daß der Oberste Rat sich in Boulogne vereinige, sobald diese die erforderlichen Vorarbeiten geleistet hätten.

Dz. Berlin, 21. Juli. Wie mehrere Blätter berichten, war die deutsche Antwortnote an Frankreich über Oberdeutschland gestern Gegenstand von Beratungen im Reichskabinett. Die Note dürfte, wenn irgend möglich, heute dem französischen Botschafter übergeben werden, so daß morgen ihre Veröffentlichung erfolgen könnte.

Zusammentritt des Obersten Rates am 28. Juli?

D. London, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der französische Botschafter in London und Lord Curzon haben eine neue Besprechung gehabt. Sie haben beide die Notwendigkeit anerkannt, vor Ende dieses Monats eine Tagung des Obersten Rates einzuberufen, um die oberdeutschliche Frage und andere dringende Probleme zu regeln. Lord Curzon hat vorgeschlagen, daß die Tagung am 28. Juli in Boulogne stattfinden solle. Diese Entscheidung ist sofort an Briand weitergegeben worden und man erwartet seine Antwort.

Dz. Paris, 21. Juli. Der „Temps“, der in seinem jüngsten Leitartikel Frankreich gegen den Vorwurf verwarft, als ob es systematisch den Zusammenritt des Obersten Rates verzögere, während der Friede Europas vielleicht in Gefahr komme, wenn das oberdeutschliche Problem nicht bald gelöst werde, laßt: Der Verlaß der Verträge ist fest, daß die zukünftige Grenze Oberdeutschlands durch die alliierten und assoziierten Großmächte festgelegt werden müsse. Diese Forderung bedeutet unbestreitbar, daß die Vereinigten Staaten an der Entscheidung teilnehmen müssen. Vergeßlich wird man dagegen einwenden, die Vereinigten Staaten hätten den Verlaß der Verträge nicht ratifiziert; es bleibt trotzdem wahr, daß die Entente und Deutschland sich gegenseitig verpflichtet haben, und zwar durch die Einseitigkeit, die ein Einseitigen der Vereinigten Staaten Amerikas erfordert, um das Schicksal Oberdeutschlands zu regeln.

Das Blatt hält die Prozedur der Tagung des Obersten Rates nicht für geeignet, um Frankreichs Mitwirkung zu erzielen. Man müsse die Angelegenheit im Gegenteil nur auf dem normalen diplomatischen Wege, also durch die Vermittlung der Botschafter, behandeln. Wenn man die sofortige Einberufung des Obersten Rates und eine prompte Regelung des oberdeutschlichen Problems verlange, so sei das nicht dieselbe Sache. Das Blatt ist nicht der Ansicht, daß der Oberste Rat diese Lösung bringen werde, und erklärt, nicht um eine solche hinausschieben, sondern um sie zu beschleunigen, verlange es eine neue Diskussionsmethode.

Eine Note der Oberkommissare.

Dz. Paris, 20. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Opatowitz haben die drei internationalen Oberkommissare in einer gemeinsamen Note an den Völkerbund auf die doppelte Notwendigkeit hingewiesen: 1. Verstärkungen nach Oberschlesien zu schicken, um die Lage sowohl gegenüber den Polen wie den Deutschen zu sichern; 2. so schnell wie möglich die Entscheidung über die Teilung des Abstimmungsgebietes zu treffen.

Dz. London, 21. Juli. Reuter erfährt, daß gestern von Sir Harold Stuart Telegramme eingegangen seien, in denen festgestellt werde, daß die allgemeine Meinung der alliierten Kommissare dahin gehe, daß jeder weitere Ausschub der Regelung in Oberschlesien eine sehr gefährliche Lage schaffen würde. Die Kommissare drängten auf baldige Entscheidung und regten eine sofortige Teilung zwischen Deutschland und Polen an sowie die Beilegung der beiden Gebiete durch deutsche und polnische reguläre Truppen. Die Kommissare seien überzeugt, daß, wenn einmal eine endgültige Entscheidung erfolgt sei, das Volk sich beruhigen würde.

Dz. Paris, 21. Juli. Die Pariser Morgenpresse betont im allgemeinen das von den drei Oberkommissaren gestellte Verlangen nach Entsendung von Verstärkungen sowie das Verlangen, die oberbeschießliche Frage schleunigst zu regeln. „Petit Parisien“ sagt, die französische Regierung habe sich in ihrer gestrigen Antwort damit begnügt, das Verlangen aus Opatowitz sich zu eigen zu machen. Sobald die Verstärkungen in Oberschlesien angekommen seien und die Sachverständigen die Lage geklärt hätten, erkläre sich die französische Regierung bereit, zu einem baldmöglichen Termin den Obersten Rat zusammenzuberaufen. Könne das nicht im Monat August geschehen, dann sei es nicht der Fehler der französischen Regierung. „Petit Parisien“ wendet sich dagegen, daß die französische Regierung die Einberufung des Obersten Rates nicht wolle, weil sie geheimnisvolle Verhandlungen mit Beliz Samu-Bei pflege. Vielleicht sei auch in England Mißtrauen mit Bezug auf die künftigen deutsch-französischen Verhandlungen über die Reparationen aufgetaucht. England selbst habe Frankreich aufgefordert, sich direkt mit Deutschland über die Leistungen in natura zu verständigen. — Vertinax schreibt, die Aufschübung der Tagung des Obersten Rates habe Vorteile nur unter der Bedingung, daß die französische Regierung nicht zögere, das Rötige zu veranlassen, namentlich am Rhein, wo die Ereignisse in Oberschlesien zu beherrschen.

Frankreichs Isolierung.

Br. Berlin, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Wie das „B. Z.“ von bestunterrichteter, der Regierung nahestehender Seite erfährt, ist von Seiten des italienischen Botschafters in Berlin keinerlei Schritt zur Unterstützung der von Frankreich in seiner letzten an Deutschland gerichteten Note erhobenen Forderungen erfolgt. Der englische Botschafter in Berlin hat sich ebenfalls dem Protest seines französischen Kollegen im Hinblick auf die oberbeschießliche Frage nicht angeschlossen. Das Reichskabinett ist am Mittwoch um die Mittagsstunde zusammengetreten. Die oberbeschießliche Frage war wiederum Gegenstand der Verhandlungen.

Keine Besprechung zwischen Rathenau und Loucheur über eine Teilung Oberschlesiens.

W. T. B. Berlin, 20. Juli. Von zuständiger Stelle wird erklärt: Es war bei den Besprechungen zwischen Rathenau und Loucheur von einer Teilung Oberschlesiens nicht die Rede.

Der Reichskanzler für eine Verständigung mit Frankreich.

Br. Berlin, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Reichskanzler Dr. Brüning, der mit dem Berliner Vertreter der „United Press“ eine Unterredung hatte, sagte diesem, sein Finanzprogramm sei gefährdet, weil die Regierung in der Frage Oberschlesiens und der Sanktionen nicht mit leeren Händen kommen könne. Nach dem ersten Entgegenkommen Frankreichs sei er erlaucht gewesen über Briand's scharfe Oberschlesiennote. Er habe sich fragen müssen, ob Frankreich überhaupt eine Verständigung wünsch. Er könne nicht im Herbst vor den Reichstag treten und ihm sagen: „Ich habe Ihnen die Kassen geleert, ohne etwas erreicht zu haben.“ Das sei keine Drohung, auch kein Druck auf die Entente, sondern die genaue Lage, mit der die Entente rechnen müsse. Er wies zum Schluß auf sein aufrichtiges Bestreben hin, mit Frankreich zu einer Verständigung zu gelangen, um Frankreich wieder aufzubauen und der Welt die Ruhe wiedergeben, die zum Ausbau der Weltinteressen notwendig sei.

Der fremde Herr...

Von Fritz Hermann.

Wenn man Junggelei ist und den ganzen Winter in der Großstadt lebt, dann weiß man die Verpölung und die Unannehmlichkeiten des Landlebens zu schätzen.

So war ich auf eine großartige Idee verfallen, deren Erfolg mir voraus geschaut war. Ich fuhr in die banatischen Berge, wo die fetten Kühe auf den Matten grasen und noch unermessliche Milch geben, wo die Dirndl in Männerhosen umherlaufen und die Hühner noch richtige Hühnerleiter legen. Ich suchte mir die abgelegenste Ortschaft und das vielversprechendste Gasthaus aus und logierte mich ein.

Der Schallerwirt, so hieß mein Närvater, hatte eine schmutze, junge Tochter.

Ich kommt meine Deel!

Ich verlobte mich nämlich mit dieser Tochter. Das ist doch eine Idee.

Ein Schriftsteller war bisher noch nicht beim Schallerwirt eingekerkert, so hatte ich für das schmutze Dirndl entschieden den Reiz der Neuheit, den Benkerin und Schublatzler hier nicht mehr haben. Der Herr verzeihe mir meine Stände, aber die Idee war großartig. Was der fide Großstadt nicht bekommen hätte, Milch und Butter und Eier und Schinken, dem Schwiegerjohn vom Schallerwirt wurde nichts vorzuziehen. Daß ich wenigstens. Man denkt eben manchmal.

Rechenfalls nahm ich in 14 Tagen 3 Pfund zu. Und auch das Schallerwirtswirtchen konnte zufrieden sein. Wir lebten, wenn wir nicht aßen, wie die Turkelstaben.

Paradiesische Genüsse wurden mir geboten, und ich nahm mir schon vor, mir endlich auch mal Schokolade zu erhitzen. Meine Schwiegermutter ist so, die der Küche vorstand, hatte eines Abends einen großen Topf wundervoller Sahne...

Vielleicht hätte ich davon meinen „Schlagbaum“ bekommen, wenn nicht ein anderer mit einem dicken Strich durch die Rechnung machte, und dieser andere war der fremde Herr, der an diesem Tage in meiner abgelegenen Ortschaft, die ich aufgesucht hatte, auftauchte.

„Schlagbaum, Schwiegermutter? Für mich?“

„Na, für den fremden Herrn.“

Ich konnte nicht einsehen, weshalb der neue fremde Herr, der nicht mal der Schwiegerjohn vom Schallerwirt war, die Schlagbaum bekommen sollte.

Im Hause ging eine merkwürdige Veränderung vor. Die besten Bissen, das Ausgewählteste aus Küche und Keller, dem plötzlich der fremde Herr. Der fremde Herr, den ich noch nicht gesehen hatte, spielte die Hauptrolle. Vater und Mutter

Verminderung der deutschen Reparationssumme?

D. Paris, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die „Chicago Tribune“ meldet, die internationalen Juristen seien zu dem Schluß gelangt, daß die in London festgesetzte deutsche Reparationssumme von 132 Milliarden Goldmark die gesamte Entschädigung darstelle, welche die Alliierten von sämtlichen ehemaligen feindlichen Ländern, nicht aber von Deutschland allein, zu beanspruchen hätten. Diese Auffassung, die jetzt von den alliierten Gerichten geteilt werde, schiede sich auf Artikel 231 des Versailler Vertrags, die Entschädigung bedeute nicht, daß die Verbündeten Deutschlands nicht zur Reparation herangezogen würden, sondern, daß die von ihnen bezahlten Beträge Deutschland zu ersetzen seien, über die Herausziehung der kleinen Mächte zur Reparation sei noch nichts bestimmt, es könne sich aber nur um einen geringen Teil des Gesamtbetrags handeln.

Die Sachleistungen zum Wiederaufbau.

Dz. Berlin, 21. Juli. Die „Völkische Zeitung“ veröffentlicht einen Auszug aus der Verordnung über die Sachleistungen zum Wiederaufbau. Die Verordnung geht von der Grundbestimmung aus, daß die für den Wiederaufbau erforderlichen Warenlieferungen nach Möglichkeit auf dem Wege der freien Verträge abzuwickeln sind. Nur soweit sie auf diesem Wege nicht beschafft werden können, sollen sie von den Leistungsverbänden angefordert werden. Leistungsverbände sind in erster Linie die Länder; daneben können aber auch landwirtschaftliche, gewerbliche und kaufmännische Verbände mit Genehmigung des Reichsministers für den Wiederaufbau Leistungsverbände bilden. Die Anforderung der Leistungen erfolgt durch die Anforderungsbehörden. Diese wenden sich zunächst an die Leistungsverbände, falls aber von letzteren die Leistung nicht bewirkt wird, unmittelbar an die Inhaber der Betriebe. Der Anforderung ist unmittelbarer Folge zu leisten. Die Durchführung der Anforderung kann mit Geldstrafen bis zu 100.000 M. für jeden Zuwiderhandlungswiderstand verbunden werden. Über die Bezahlung der Leistungen wird bestimmt, daß neben einer angemessenen Vergütung für den Wert der Leistungen sämtliche Kosten zu tragen sind, die den Leistungsverbänden durch die Leistungen erwachsen.

Scheitern der internationalen Finanzkonferenz.

D. Paris, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Aus einer Mitteilung des „Temps“ geht hervor, daß die geplante und schon am 7. Juni angekündigte internationale Finanzkonferenz über die Aufteilung der deutschen Wiederaufbauassessungen offenbar endgültig gescheitert ist, weil die englische Regierung für die Teilnahme an dieser Konferenz die Bedingung aufgestellt hat, daß zunächst als Anzahlung für die Kosten der englischen Besatzung im Rheinland 120 Millionen Goldmark an das englische Schatzamt abgeführt werden von der Summe, welche die Wiederherstellungskommission am 1. Mai von der deutschen Reichsregierung überwiesen erhalten hat.

Tagung der Botschafterkonferenz.

Dz. Paris, 21. Juli. Die Botschafterkonferenz hat heute zum ersten Male in Anwesenheit des amerikanischen Botschafters in Paris, Herr J. A. G. als Vertreter der Vereinigten Staaten getagt. In der Sitzung, die wie üblich unter dem Vorsitz von Jules Cambon stattfand, wurde beschlossen, als Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages von Trienon einen Tag der nächsten Woche zu bestimmen, und die Beratungen der zu diesem Zweck erforderlichen Maßnahmen fortzusetzen.

Vom Völkerbundsaußschuß für Abrüstung.

Dz. Paris, 20. Juli. Wie die Havas-Agentur mitteilt, haben die vom Ausschuß des Völkerbundes für die Abrüstungsfrage gebildeten drei Unterkommissionen gestern in Paris ihre Arbeiten beendet. Die ausländischen Delegierten haben bereits abgereist und würden vor der Vollendung in Genf am 1. September nicht wieder zusammenkommen.

Freilassung von Gefangenen in Deuthen.

Dz. Berlin, 21. Juli. Wie die Blätter aus Deuthen melden, wurden dort jetzt die ersten Gefangenen aus der französischen Kaserne freigelassen, die nach der Erziehung des französischen Majors Montalgre von den Franzosen festgehalten worden waren. Die Freilassung erfolgte, weil sich die völlige Unschuld der Gefangenen herausstellte.

ließen sich die Fülle lahm, um dem fremden Herrn gerecht zu werden.

Den Teufel auch. Zum Glück tat's nicht mein Schallerwirt. Eiferfüchtig brauchte ich also nicht zu sein.

Aber, ich war auf halbe Kost gelehrt. Mich hungerte. Mein Schwiegermutter betrachtete mich geringfügig und verlangte, daß ich auf sein Geschäft Rücksicht nehme. Es wäre doch auch mir zugute.

Ich bekam eine Wut auf diesen fremden Herrn. Eine unerhörte Wut.

Er oder ich. Das wurde die Lösung!

Am nächsten Morgen lauerte ich ihm auf. Er schlief bis in den Mittag hinein. Ich sah die Vorbereitungen, die die Schallerwirtin für seinen Frühstückstisch traf. Roastbeef, Eier mit Speck, Hents, Kaffee...

Alles für den fremden Herrn...

Als ich mit dem Dirndl in den Wald wollte, wehrte meine Schwiegermutter ab.

„Kathl muh heßen“

Er hatte noch nicht gefrühstückt, und schon rüßte man im Schallerhaus sein Mittagmahl.

Der fremde Herr war mordreif. Wenigstens für mich.

Wird man deshalb Schwiegerjohn, daß ein anderer den Rahm und die Butter bekommt. In diesen Zeiten! Ich wurde einfach als schon zur Familie gehörig betrachtet und hatte schweigend zuzusehen.

Als ich zum Mittag heimkam, war der fremde Herr aufgestanden und verpeiste gerade die Suppe, die Augen auf die Küchentür gerichtet, durch dessen Spalt der Duft von Braten zog.

Wie versteinert blieb ich stehen.

Der Herr, etwas abgewendet, daß er mich nicht sehen konnte, sah mein Freund Theodor Schmalhade aus Leipzig. Der Hungerleider, der mir außerdem noch 27 M. kausdete.

„Gib zu!“

Mein Schwiegermutter kam gerade aus dem Keller und hielt eine verstaubte Bettflasche in der Hand.

Natürlich für den fremden Herrn.

An meinem Verlobungsabend hatte es nur Tiroler Landwein gegeben.

„Da schau!“ sagte der Schallerwirt.

„Wer ist denn das?“ fragte ich.

„Ja, mein, das ist ein hohes Tier...“

Mein Freund Theodor ausgerechnet ein hohes Tier!

Das ist doch der Baedeker, der, wo die Führer durch die Berge schreibt. Ich will doch auch amal die Sternbl im Buch hab'n! Verstehtst du?“

Ob ich verstand!

Der Baedeker! Theodor als Baedeker!

Daß ich nicht auf diesen Gedanken gekommen war!

Eine Kundgebung für Völkerverständigung

Dz. Wien, 21. Juli. (Drahtbericht.) In einer von der Landesorganisation der Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen initiierten Versammlung, an der die noch in Wien befindlichen ausländischen Frauen der Kongresse der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit teilnahmen, beschloß man als erste Resolution: Stuttgart mit den Urtanen und Holzen des Krieges. Sie richtete einen Appell an die Solidarität aller Nationen zur Schaffung einer neuen Welt für Frieden und Freiheit. Frau Nord und Frau Marshall gaben eine eingehende Darstellung der antimilitaristischen Bewegung in England, wo infolge des Krieges Arbeitslosigkeit und Elend herrschten. Frau Mellin-Berlin erklärte, man müsse gegen den Krieg arbeiten, bevor es zu spät sei. Alle Kräfte, die gegen Freiheit und Frieden bestanden, müßten energisch bekämpft werden. Wir hätten noch keinen Frieden, denn die Kriegsbegeisterung gebe weiter. Aber — fuhr die Rednerin unter Rührung — nicht endemüllendem Beifall fort — das französische Proletariat will keinen Krieg. Es hat ihn und wird für keinen Krieg mehr zu haben sein. Es ist unwahr, daß im französischen Volke nur noch gegen die Deutschen oder Österreicher besteht.

Schließlich wurden drei Entschließungen angenommen, in denen die Notwendigkeit, den Kriegsoffizieren durch gemeinwirtschaftliche Unternehmungen Arbeit und Nahrung zu verschaffen, betont und ein leidenschaftliches Bekenntnis für Frieden und Völkerverständigung abgegeben wird, so daß das Eingeständnis mit den Grundrissen der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit erklärt wird. Endlich wurde noch eine in französischer Sprache abgefaßte Entschließung aufgegeben, in der die Solidarität der Völker ausgedrückt wird.

Ein internationales Bureau für Kinderfürsorge.

D. Brüssel, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Auf dem internationalen Kongress für Kinderfürsorge wurde beschlossen, ein dauerndes internationales Bureau in Brüssel einzurichten.

Die österreichischen Kriegsbefehlshabenden.

D. Wien, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Wie das „Kriegsblatt“ erfährt, steht die Frage der österreichischen Kriegsbefehlshabenden auf der Tagung des Obersten Rates. Von zwei Verbandsmächten ist der Antrag eingebracht worden, daß probeweise von der österreichischen Regierung dasselbe Gerichtsverfahren wie in Deutschland durchgeführt wird.

Gewalttätige Entfernung deutscher Kommunisten aus Moskau.

D. Kiew, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Vertreter der Deutschen Kommunistischen Arbeiterpartei auf dem Kongress der 3. Internationale wurden mit bewaffneter Macht aus der Sitzung entfernt, in die Bahn geleitet und unter Bedeckung abgeholt.

Generallistreik in Pommern.

D. Danzig, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Am Samstag haben die Gewerkschaften in Nordpommern den Generallistreik erklärt. Auch die Eisenbahner drohen mit Streik und man erwartet in Danzig die Einstellung des gesamten pommerschen Eisenbahnverkehrs. Wie sich dann der deutsch-polnische Verkehr durch den polnischen Korridor abwickeln wird, ist noch ungeklärt.

Ein Bündnis zwischen Frankreich und der Tschecho-Slowakei.

Dz. Paris, 21. Juli. (Havas.) Wie aus Prag gemeldet wird, bringen tschechische Zeitungen die Nachricht, Trienon werde sich in aller nächster Zeit nach Prag begeben, um die Grundlagen eines Bündnisses zwischen Frankreich und der Tschecho-Slowakei — ähnlich dem französischen-polnischen Bündnis — aufzustellen. Demgegenüber erinnert der „Petit Parisien“ daran, daß die Nachricht von einer Reise Briand's nach Prag im Laufe des Monats August bereits vor einigen Wochen aufgetaucht, damals aber vom Ministerrat als verfrüht bezeichnet worden sei.

Eine neue Mitteilung Amerikas an Japan.

Dz. Paris, 19. Juli. Der „Temps“ veröffentlicht eine Mitteilung aus Washington, in der die Press Association von einer neuen Mitteilung der Vereinigten Staaten an Japan berichtet. Darin würde Japan zu einer neuen Prüfung der Frage aufgefordert, ob es an der Abrüstungskonferenz teilnehmen könne, ohne auf der Aufstellung eines bestimmten Programms bezüglich der Angelegenheit des fernsten Ostens zu bestehen.

Und meine armenelge Verlobungsdece hatte mir so gut gelungen!

Ich las im Fremdenbuch nach. Tatsächlich. Theodor hatte die Frechheit, als Herr Baedeker aus Leipzig zu reisen, als der Herr Baedeker, „wo die Sternbl in die Bergführer macht...“

Und dieser Idiot muß eine solche Idee haben... Jetzt konnte ich zusehen, was aus mir und dem Dirndl wurde.

Wie ich meine Schwiegermutter kenne, ist's mit meinem Junggelellentum endgültig vorbei. Zu Weihnachten werd' ich dran glauben müssen!

Aus Kunst und Leben.

— Kurhaus. In Kurgarten hatte sich am Mittwochabend nach des Tages Fast und Hitze ein zahlreiches Konzertpublikum versammelt. Die Ankündigung „Heinrich Hensel singt“ hatte trotz der ziemlich hohen Eintrittspreise schon verlockend gewirkt. Und Heinrich Hensel singt im Garten — das läuft nun erdhoben an. Und „Heinrich Hensel singt im Garten Wagner“ — da konnte niemand widerstehen! Der Künstler — kraftig, angetrieben und elegant im Auftreten, wie wir ihn kennen — wurde auf freudigste begrüßt. Im „Gebet“ aus der Oper „Aida“ ertönte seine Stimme noch etwas befeuert und konnte auch wohl nicht ganz in erwünschter Weise zur Geltung kommen, da die Stellung des Sängers hier noch zu weit im Vordergrund des Orchesterbaus genommen war und der Klang daher ohne rechte Resonanz blieb. In dem „Unvergessener Lieb“ „Am stillen Herd“ ertönte neben der fast unvermindert kernhaften Stimme dieses Tenors auch manche weiche und geistreichere Tonensaltung und ebenso der von innerlich dramatischem Schwung belebte Vortrag. Seinen besten Trumpf spielte dann Herr Hensel noch mit der „Grals-Exzelsus“ aus „Lohengrin“ aus; und als er mit weiblich schallender Stimme verkündete: „Ich — bin Lohengrin genannt!“ — da verbarnte das beifallstürmende Publikum so handhaft auf seinen Klängen, bis Lohengrin-Hensel auch noch den letzten „Abschied“, das letzte „Leb wohl, leb wohl!“ hinausfuhr. Das köstliche Kurorchestr hatte unter Herrn Musikdirektor Karl Schürich's Leitung aufmerksam begleitet und spendete an selbständigen Orchesterwerken: die „Riesi-Ouverture“, welche mit ihren fröhlichen Rhythmen und der äußerlich-effektvollen Instrumentation an dieser Stelle naturgemäß am besten wirkte; während sich im „Walzerleben“ aus „Elegie“ und im „Lohengrin-Vorpiel“ die Feinheiten des Tongewebes und Klangcharakteres milder eindrucksvoll entfalten konnten. Doch fehlte es auch hier nicht an Gelingen, und Herr Schürich wurde durch wiederholte Hervorrufe ausgezeichnet.

Wiesbadener Nachrichten.

Geheimrat Kempner †.

Der bekannte Augenarzt, Geh. San.-Rat Dr. med. K. Kempner, ist heute vormittag 10 1/2 Uhr verstorben. Still und bescheiden, wie er gelebt, ging er davon: sein Leben verließ ihn sanft und mäßig, ohne daß ein altes Leiden sich eingestellt hätte. Und wenn auch die Kräfte des 81-jährigen zuletzt nachgelassen hatten, war doch die Liebe zu seinem Beruf so stark, daß er sich immer wieder zusammenriß und noch bis vor kurzem täglich seine Tätigkeit mit voller Sicherheit ausübte. Am 5. März 1840 in Braßau als Sohn des Rittergutsbesizers Kempner auf Pettau geboren, besuchte er das Gymnasium zu Braßau, später die dortige Universität. Zwei Jahre arbeitete er dann an der Breslauer Universitätsklinik und war Assistent des berühmten Augenarztes Professor Forster. Als der Krieg 1870 ausbrach, wirkte er an der Breslauer Wundstation. Dann erfolgte eine Überführung nach Wiesbaden. Erst Assistent des verstorbenen Hofrats Pagenstecher, machte er sich nach zwei Jahren selbständig und ließ sich zunächst in der Friedrichstraße als Augenarzt nieder. Später erwarb er das Haus Rheinstraße 81 — in dem er nun verstorben ist — und errichtete darin seine Klinik. Mit seiner leichten, sicheren Hand hat er gerade auf dem Gebiet der Augenheilkunde, als Operateur, Hervorragendes geleistet und Weltruf errungen. Sein ruhiges Wesen gewann ihm schnell das Vertrauen seiner Patienten. Wie viele verdanken ihm doch vollständige Heilung von „unheilbaren Augenleiden“, wen alles konnte er nicht als geheilt oder doch wenigstens als gebessert entlassen, der verzweifelt und mutlos zu ihm gekommen war. Was ihm aber neben seiner ärztlichen Kunst die Sympathie aller Kreise eintrug, war die vornehme Art, in der er seinen Beruf ausübte. Sein Ehrgeiz ging nicht dahin, „in Mode“ zu kommen, eine „Berühmtheit“ zu werden. Er war vielmehr getragen von dem hohen Idealismus des Gelehrten. Ihm galten die gleichen Ziele, die zu ihm kamen, die Großen und die Kleinen, die Reichen und die Armen. Allen ließ er die gleiche liebevolle Sorgfalt angedeihen, für alle hatte er das gleiche harte Interesse. Auch Schätze anzuhäufen lag er nicht als seinen Lebenszweck, sondern der Menschheit zu dienen, zu helfen. Sein Wirken trug ihm im Laufe der Jahre manche Auszeichnung, dazu die volle Anerkennung der Kollegen ein. 1901 wurde er zum Sanitätsrat ernannt und schon sieben Jahre später ihm der Titel eines Geheimen Sanitätsrats verliehen, während die Universität Braßau ihm zu seinem 80. Geburtstag erneut ein Doktordiplom sandte. — So hat er gearbeitet und gekämpft, unermüdet im Dienste der Wissenschaft gestanden, und durch Erfahrungen auf seinem Spezialgebiet, durch Artikel in Fachzeitschriften auch Dauerndes geschaffen. So lange er lebte, wehrte er stets voller Selbstverleugung ab, daß man ihn als einen Wohlfeiler der Menschheit preise, wollte er niemals, daß von seiner selbstlos ausgeübten Armenpraxis etwas in die Öffentlichkeit dränge. Heute, wo der wertvolle Mann auf der Erde liegt, geschieht es zum erstenmal, daß auch die Allgemeinheit von dieser stillen und reichen Seite seines Wirkens erfährt.

— Das Wetter. Trotz lebhafter Wolkensbildung und schwüler Temperatur sind die allgemein erhofften Regengüsse bisher nicht niedergegangen, wenigstens so weit Wiesbaden selbst in Frage kommt. In der näheren Umgebung hat es im Lauf dieser Woche verschiedenes Male geregnet, so in Dohmsheim und in der Nähe der Fischau; die ausgefrorenen Bachläufe des nassen Waldes weisen geringe Feuchtigkeitsschichten auf und die Straßen sind staubfrei. Die Luftfeuchtigkeit, hervorgerufen durch solche trübselige niedergegangenen Regengüsse und kleinere Fernregengüsse in der weiteren Umgebung, die jeweils nur ein eng umhülltes Gebiet betrafen, hat jedoch die drückende Schwüle nur noch fühlbarer gemacht. In der Frankfurter Gegend ist es zu Regengüssen gekommen. Auch über Herborn und Saiger sind schwere Gewitter niedergegangen. Aus dem Kreis Weidenhausen werden große Wetterentladungen gemeldet, die die Ernte noch in letzter Stunde retten werden und die langersehnte Abkühlung brachten. Im allgemeinen erscheinen jedoch die Aussichten auf ein Ende der nun schon seit Wochen anhaltenden Trockenperiode nicht allzu günstig. Nach der heute vorliegenden Wettervorhersage bleibt es bei Nordwestwinden weiterhin trocken und wolkig, und — wie es etwas euphemistisch heißt — „mäßig warm“.

— Die Goldkäufe der Reichsbank. Nachdem anfänglich die Goldkäufe der Reichsbank nur ziemlich langsam vor sich gingen, machen die Eingänge, wie wir jetzt hören, schon erfreuliche Fortschritte; zumal auf die Ankündigung hin, daß der Goldkaufspreis zunächst von 320 M. herabgesetzt werden wird, ist ziemlich viel gehandelter Gold herausgekommen. Die Reichsbank richtet sich zwar etwas nach den Preisen auf dem Weltmarkt für Gold, bleibt aber doch mit ihren Preisen hinter den Notierungen des Weltmarkts zurück, da das Reich ein Interesse daran hat, daß ihm der Erwerb von Gold nicht teurer zu stehen kommt als der Einkauf von Devisen. Auch müssen erhebliche Aufkosten für Transporte, Umschmelzen und Minderergewicht abgesehen werden.

— Neubauten unterliegen einer Bekanntmachung des Magistrats gemäß der Wohnungsmangelsverordnung vom 23. September 1918 nicht und sind demgemäß von der Beschlagnahme bzw. Zwangsversteigerung freigegeben. Auch die Anordnung für die Festsetzung von Höchstmieten vom 9. Dezember 1919 findet auf nach dem 1. Januar 1917 fertiggestellte Neubauten keine Anwendung. Weitere erhebliche Verzögerungen für Neubauten sind, derelicten Quelle nach, bei den gesetzlichen Vorbereitungen in Aussicht genommen.

— Ein- und Ausfuhrbewilligungen nicht übertragbar. Das Ausfuhramt Bad Ems weist erneut darauf hin, daß Aus- und Einfuhrbewilligungen, die stets auf den Namen einer bestimmten Firma oder Person ausgestellt werden, nicht übertragbar sind. Der Verkäufer, Käufer und die Übertragung einer Bewilligung auf eine andere Person ist strafbar. Im allgemeinen Interesse wird gebeten, die einzelnen Elemente, die Ein- und Ausfuhrbewilligungen zum Kauf anbieten, zur Anzeige zu bringen.

— Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen (Kreisleitung Wiesbaden) hielt am 3. d. M. seine 3. diesjährige Kreiskonferenz in Hochheim a. M. ab, die sehr gut besucht war. Herr Sekretär Steindorf vom Versorgungsamt Wiesbaden veranschaulichte den Unterschied der Hinterbliebenenversorgung in England gegenüber dem neuen Reichsversorgungsgesetz 1920. Als zweiter Redner referierte Bezirksleiter Senf aus Wiesbaden über das Spruchverfahren vor dem Militärverwaltungsgericht, um näherer zum geschäftlichen Teil überzugehen. Die Sitzung mußte infolge der vorgeschrittenen Zeit bereits um 3 Uhr nachmittags abgebrochen werden.

— Steuer auf mechanische Musikinstrumente. Eine Musikinstrumentensteuer ist seit vom Finanzminister und dem Minister des Innern zugelassen worden. Tast-, Streich- und Blasinstrumente bleiben zwar noch frei. Die Gemeinden können aber bis zu 150 M. besteuern das Halten von mechanischen, auch elektrisch betriebenen Klavieren und Klavieren, wie Pianolas, Phonolas, Orchestrions, Mignon-Klavieren sowie von Grammophon, Phonographen und sonstigen mechanisch angetriebenen Apparaten zur Wiedergabe musikalischer Töne. Bezieht bleiben sollen nach dem Entwurf einer Steuerordnung Instrumente, die zur gewerbsmäßigen Veranstaltung gestellt werden. Auch darf die neue Steuer nicht neben der Vergütungssteuer erhoben werden. Die Steuer

ist vom Eigentümer zu entrichten. Für ihren Eingang haften der Verkäufer. Die Instrumente müssen 2 Wochen nach Inkrafttreten der Steuerordnung bei der Ortsbehörde angemeldet werden, ebenso die Abschaffung. Vorbehalten bleibt die Zustimmung zu der Steuer, so weit sich Einwendungen aus den Vorschriften des Reichsrechts über die Vergütungssteuer der Gemeinde ergeben.

— In der Mieterversammlung in der Aula des Angebots am 19. Juli sprach Herr Dr. Ernst W. Fischer (Frankfurt), der Geschäftsführer des Provinzialverbands Hessen-Nassauischer Mietervereine. In fester Weise schilderte der Redner, der persönlich an allen Verhandlungen über das Reichsmietengesetz teilgenommen hat, den sehr zahlreichen Erklärungen die Entwicklung des Mietengesetzes. Er zeigte, wie der Regierungsentwurf entstand, welche Kräfte am Werk waren, durch ihn die Mieterangelegenheiten abzubauen, und wie der Reichswirtschaftsrat kleine Verbesserungen darin vornahm. Er schilderte weiter die Verhandlungen im Reichsrat, der diese Verbesserungen wieder über den Haufen warf, und wies auf die ungeheure Gefahr hin, die der letzte Entwurf für die Mieterkraft bedeutet. Mit aller Schärfe wandte er sich gegen die Annahme, daß die Einführung der freien Wirtschaft im Wohnungswesen die Baulastigkeit wieder beleben und die Wohnungsnot ein für allemal heuern werde. Er wies nach, daß die freie Wirtschaft eine sofortige neue Lohnbewegung hervorrufen werde und damit eine allgemeine Steigerung der Preise eintrete. Der Redner verlangte von dem Reichsmietengesetz, daß es dem Hausbesitzer lediglich die Vermittlung des eigenen und fremden Kapitals gewährleiste, das so im Jahre 1914 in dem Maße investiert war, wie die Erhöhung der Nebenkosten und der laufenden Reparaturkosten. Eingehend sprach er über die Bedeutung der Mitarbeit der Mieter, die in gemeinsamer Arbeit und im gemeinsamen Interesse arbeiten müßten, und forderte mit allem Nachdruck Zusammenhalt der Mieter in Haus und Stadt. Im Anschluß hieran berichtete der 1. Vorsitzende Herr Sanitätsrat Dr. Dornblüth über die Tätigkeit des Vorstandes, Herr Reg.-Obersekretär Lang über die sehr erschlaffte Tätigkeit der Tagung des Provinzialverbands Hessen-Nassauischer und hessischer Mietervereine, und Herr Dr. Mayer über die Tagung des Landesverbands der hessischen hessischen Mietervereine in Buer. Am Schluß wurde folgende Entscheidung angenommen: „Die am 19. Juli 1921 in Wiesbaden einberufene Mieterversammlung bittet die Regierung dringend, ihr Augenmerk auf die Bestrebungen zu richten, die darauf hinarbeiten, Leben und gewerbliche Betriebe aus den Bestimmungen der Mieterschutzverordnung auszunehmen. Sie ist der Überzeugung, daß eine derartige Maßnahme eine sofortige Steigerung der Preise für Lebensmittel und Gebrauchsartikel zur Folge haben würde und daß die schwersten wirtschaftlichen Schädigungen unabweisbar wären.“

— Der Wiesbadener Männergesangs-Verein, E. V., kann in diesem Jahr auf ein 80-jähriges Bestehen zurückblicken. Der Gründungstag war der 10. Februar 1841. Die Jubiläumsfeier, die in einfachem, aber würdevollen Rahmen verankert wird, ist auf den 15., 16. und 17. Oktober festgesetzt, als Hauptveranstaltungen sind vorgesehen: Festkonzert im großen Parkhaus, Fest — Sängerkonzert — und Festball. Das erste Rundschreiben bzw. Einladungen an die befreundeten auswärtigen Vereine ist bereits zum Versand gekommen.

— Neue Fahrpläne. Am 20. Juli erschien, befristet durch die Einführung des neuen Fahrplans, eine Neuauflage des amtlichen Fahrplans für den Eisenbahndirektionsbezirk Mainz, sowie des neuen Fahrplans für Mainz, Wiesbaden, Hahnheim. (Verlag von Oscar Schneider in Mainz.) Die Fahrpläne sind überall erhältlich.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

wo. Erbenheim, 20. Juli. Das Ehrenfest auf fremdem Grundbesitz ist hier vollständig vorbei. — Der Männergesangsverein Erbenheim besteht an den Tagen des 23., 24. und 25. d. M. sein 60-jähriges Bestehen durch einen, gefestigten, turnerischen und sportlichen Festkonzert im „Festhaus“ und im „Ehren“, Festball, Festkonzert im Festhaus „Zum Tannus“, Kinder- und Volksbelustigungen sowie endlich wieder Festball im „Ehren“.

wo. Birkholz, 20. Juli. Ein freier Feldschuß wird auch in diesem Jahre wieder hier eingerichtet werden. — Ein Vierkämpfer wurde am vergangenen Sonntag von einem Mann mit einem Motorrad überfahren. Der Verbleib der Leiche konnte dadurch festgestellt werden, daß die eben fallende Strohhalm sich in Bewegung setzte und ihn einholte. — In der letzten Sitzung der Gemeindevorstellung wurden gemäß der Mitteilung des Ausschusses zur Entscheidung der Beschwerden gegen die Festsetzung des Bierpreises auf Grund des Gesetzes über Regelung des Bierpreises mitgeteilt. Dazu gehörten von den Erzeugern: Landwirt Wilhelm Stiel, Landwirt E. Seubert, 4r, von den Branntweinbrennereibetrieben: Karl Eulbach und Friedrich Koss. — Der hiesige Jünglingsverein veranstaltet Sonntag, den 14. August, auf dem Riegelschen Gelände, Ede Tannus und Langgasse, eine Volkstanz- und Preisverteilung. Das Standgeld beträgt in allen 4 Klassen 2 M. Zur Förderung kommen eine größere Anzahl wertvoller Geschenke und Geldpreise zur Verteilung. — Der Radsportklub „Solidarität“, Ortsgruppe Birkholz, veranstaltet am Sonntag, den 24. Juli d. J., im Saale „Zur Rose“ sein 10-jähriges Jubiläum. Dem Fest geht morgen eine Schilke Jagd voraus. Am 19. Uhr ab nachmittags findet im Hofe ein großes Preisfest statt bei welchem fünf wertvolle Preise ausgeteilt werden.

wo. Schierheim, 20. Juli. Unter Strandbad war am vergangenen Sonntag von 3700 Personen besucht. Das ist eine Rekordziffer trotz des nichtigen Konfessionsbades.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Milchrieg in Mainz.

dz. Mainz, 21. Juli. (Drahtbericht.) Ein Milchrieg dürfte heute hier eintreten, da die Forderung der rheinischen Bauernschaft, den Milchpreis ab 230 M. (wie bisher) auf 3 M. ab 240 M. zu erhöhen, von der Stadt abgelehnt worden ist mit der Begründung, daß schon zu dem jetzigen Preis große Teile der Bevölkerung die ihnen zuzehörende Milch nicht abnehmen, weil der Preis nicht ausreicht, um den Milchpreis zu decken. Daraufhin hat die rheinische Bauernschaft beschlossen, ab heute die Milchlieferung einzustellen. Schon seit einigen Tagen machte sich — wahrscheinlich infolge der bevorstehenden Einstellung oder in der Hoffnung auf schließliches Nachgeben der Stadt — eine vermehrte Milchlieferung bemerkbar. Auch in einer Reihe anderer rheinischer Städte soll infolge der Abkündigung der erhöhten Forderung heute der Streik in der Milchlieferung eintreten. Die Stadt Mainz gibt indessen bekannt, daß Kinder unter 2 Jahren und Schwerkranken unter allen Umständen beliefert werden können. Die Stadt betreibt bekanntlich seit einiger Zeit Milchverteilung auf eigenen Gütern, in mit der Zeit gesteigertem Umfang.

Eine neue Form der Wohnungshilfe.

dz. Mannheim, 20. Juli. (Drahtbericht.) Die gestrige Sitzung des Bürgerausschusses beschloß eine Vorlage des Stadtrates, nach der die Stadtgemeinde Mannheim die Bürger für die von der Gemeinnützigen Mannheimer Bauvereinsgesellschaft anzuwerbenden Darlehen von 8 Mill. M. bis zu 90 Proz. übernimmt. Es ist dies eine gänzlich neue Form der Wohnungshilfe.

dz. Mainz, 19. Juli. Die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerbundes der Ortseisenbahn Mainz haben den Hauptvorstand laut „Volkszeitung“ beauftragt, die sofort an den maßgebenden Stellen dafür einzulegen, daß eine allgemeine Verbesserung der Lage aller Eisenbahnerbesten angeht, die einsehen, dass die Verteuerung des Baus und wichtiger anderer Lebensmittel, sowie der Erhöhung von Miete, Gas und Wasser, herbeigeführt werde, andererseits aber auf Herabsetzung eines Preisabnahme keinen Einfluß ausüben.

wo. Worms, 19. Juli. Zum erstenmal soll in dem niedergewählten Räteverband vom 5. bis 8. September d. J. die Generalversammlung der Eisenbahnergesellschaft stattfinden. Schon im Jahre 1912 hätte Worms diese Ehre und Freude gehabt, wenn nicht unüberwindliche Hindernisse dagegen gestanden wären.

Sport.

* Radspport. Sonntag, den 24. Juli, findet die zweite Gau-Wanderfahrt des R. V. R. nach Kallert statt. Diese Wanderfahrt wird sich in Form einer Sternfahrt für alle Vereine und Wanderfahrer des gesamten Gau 9 zu den großen Gau-Bahnstrecken und Kreisverkehrsstationen auf der Opelbahn abspielen. Die Werbung erfolgt zwischen 10 und 1 Uhr in Kallert, Kallertstation für Kallert. — Sonntag, den 24. Juli, nachmittags 2 Uhr, veranstaltet der Gau 9 des R. V. R. auf der Opelbahn bei Kallert eine große, erstklassige Rad- und Motorradrennen und Mannschaftefahrten. — Aus Anlaß des vom 4. bis 10. August in Kallert stattfindenden Bundesfestes des R. V. R. sind zu prämiierenden Wanderfahrten Einzel- und Vereinswettfahrten zur Ausschreibung gelangt. Mitglieder des Gau 9, welche sich an diesen Wettfahrten beteiligen wollen, müssen sich frühzeitig zwecks Kontrolle der Abfahrt an den Gauwart für Wanderfahrten Albert Windmann, Friedberger Landstraße 24, Frankfurt a. M., wenden. — Am Sonntag, den 24. Juli, treffen sich sämtliche Arbeiter-Radfahrer zum Festzug beim Arbeiterzirkusverein „Ruhelund“ im „Tannus“, Radfahrer, mittags 1 1/2 Uhr. Hierfür Schmaus-Ausgabe für Radfahrer Sonntagmorgen 9 Uhr im „Tannus“.

Neues aus aller Welt.

Der angemessene Eierpreis. Wie aus München berichtet wird, ist im bayerischen Reich der Eierpreis von verschiedenen Bezirksämtern auf 70 Pfennig festgesetzt worden. Gegen überbietende Händler und Aufkäufer wird rüchlos vorgegangen.

Doppelselfmord im Riesengebirge. In der Großen Schneegrube im Riesengebirge wurden die stark verbluteten Leichen eines Touristenpaares aufgefunden. Die weibliche Leiche war noch zu erhalten, während die des Mannes schon in Verwesung übergegangen war. Die Körper waren von den Körpern getrennt und wurden nach längerem Suchen weiter abwärts aufgefunden. Die Leichen trugen keine Trauerkleidung. Wie man annimmt, handelt es sich um ein Liebespaar, das in den Wirtstagen vom Gletscher in selbstmörderlicher Absicht in die Tiefe gesprungen ist und den Tod gefunden hat.

Bier Menschen das Leben gerettet. Der Arbeiter Fritz Koburski rettete mit eigener Lebensgefahr einen jungen Mann, der beim Baden im Dortmund-Ems-Kanal in die Gefahr des Ertrinkens geraten war. Es ist das bereits das vierte Menschenleben, das der Badende des Dortmund-Ems-Kanal entziffen hat.

Opfer der Berge. Durch Ausbrechen eines Gefalles führten die Brüder Josef und Franz Jemel von der Nordwand der Blaujoch und fanden den Tod. Durch Abkühlung von Kälte sind die drei Touristen Peter Jemel, Johann Jemel und Josef Jemel tödlich verunglückt. Durch Ausgleiten auf der in dem Seefahrer am Hochort vorfindenden alten Schneelawine trat wieder ein Unglücksfall ein: die Sekretärin Julie Edinger stürzte in den See und ertrank. In der Nähe des Hochortes stürzten auch durch Ausgleiten der Student Max Erhard und der Professor Schürlein tödlich ab. Die Kanute Jakob Steyer, Karl Kobitzel und ein Fräulein Rola Dierckx stiegen durch Ertrinken und Ertrinken den Tod. Die Zahl der Opfer weist immer mehr auf die Tatsache hin, daß viele Städter, die auf die Berge steigen, die gewöhnlichen Winterpartien unternehmen, ohne zu wissen, daß das Bergsteigen wegen der ständigen Gefahren reiche Erfahrung erfordert.

Abitur einer 84-jährigen. Die fast erblindete 84-jährige Kräuterkundlerin Berona Kalt stürzte bei Schöpsheim einen 8 Meter hohen Felsen hinab und erlag den dabei erlittenen Verletzungen.

Cholerafälle in Pilsen. In aus Graz gebracht wird, erkrankte in einer Pilsener Vorstadt die Familie eines Eisenbahnarbeiters, Vater, Mutter und zwei Kinder, unter choleraverdächtigen Symptomen. Die ganze Familie wurde ins Krankenhaus gebracht, wo festgestellt wurde, daß es sich um Cholera nostras handelt.

Ein Jonkon. Meldung aus Moskau zufolge ist die Stadt Talsent in Turkestan durch einen Jonkon zerstört worden. Der Schaden ist sehr groß.

Handelsteil.

Reichsbank-Ausweis.

Der am 15. Juli abgeschlossene Ausweis der Reichsbank läßt erkennen, daß nach dem ungewissen starken Zahlungsmittelbedarf des Halbjahreschlusses in der Reichsbank Rückflüsse an Zahlungsmitteln in die Kassen der Bank eingesetzt haben. Der Banknotenumlauf zeigt eine Einschränkung um 469.6 Mill. M. auf 75.352.6 Mill. M. der Umlauf an Darlehenskassenscheinen um 145.6 Mill. M. auf 8482.6 Mill. M. Insgesamt sind an Noten und Darlehenskassenscheinen also 6032.2 Mill. M. aus dem Verkehr zurückgeströmt. Im Jahre 1920 waren demgegenüber in der zweiten Juliwoche 11.2 Mill. M. an den genannten Geldzeichen neu verausgabt worden, während in der Vergleichswoche des Jahres 1919 ebenfalls Rückflüsse allerdings nur in Höhe von 137 Mill. M. zu beobachten waren. Die gesamte Kapitalanlage der Bank weist, wie um die Monatsmitte üblich, ein neues Anschwellen auf. Die Zuzahme betrug 5003.9 Mill. M., so daß sich die Bestände am 15. Juli auf 78.425.5 Mill. M. bezifferten. Die Banknotendeckung für sich allein ist um 5505.9 Mill. M. auf 78.126.7 Mill. M. gestiegen, darunter der Bestand der Bank an diskontierten Reichsschatzanweisungen um 5481.1 Mill. M. auf 76.610.5 Mill. M. Die beanspruchten Kredite sind der Reichsbank zum größeren Teil aus den Konten der fremden Gelder verblieben, die eine Zuzahme um 4657.8 Mill. M. auf 14.584.8 Mill. M. erfuhren. Bei den Darlehenskassen hat die Summe der ausstehenden Darlehen weiter abgenommen. Sie verminderte sich um 1310.3 Mill. M. auf 14.045 Mill. M. Dieser Verminderung entsprechend wurden seitens der Reichsbank an die Darlehenskassen Darlehenskassenscheine zurückgegeben. Demgemäß sind die Bestände der Reichsbank an Darlehenskassenscheinen unter Berücksichtigung der erwähnten Rückflüsse aus dem Verkehr auf 5441.9 Mill. M. zurückgegangen.

Der Markkurs im Auslande.

dz. Mainz, 20. Juli. Die Haltung des Markkurses im Ausland war heute widerstandsfähig, so daß die Notierungen im Berliner Devisenverkehr sich größtenteils maßig abschwächen konnten. Die Rückgänge betrugen für Amsterdam 1 1/4, Brüssel 1, New York 3/4, Paris 1/4, Schweiz 1 1/2. Die Devisen London war unverändert, Italien war um 2, Spanien um 5 Punkte erhöht. In Zürich notierte die Mark um 15 (795), in Amsterdam um 3 1/2 (112) höher.

Berliner Börse.

S. Berlin, 20. Juli. Das Schwanen der Devisenkurse veranlaßt die Börsenspekulation zur Zurückhaltung. Hierdurch griff im Verkehr mit variablen Werten eine gewisse Unsicherheit Platz. Nur Papiere, die für sich besondere Anregung geltend machten, wurden lebhafter zu höheren Kursen umgesetzt. So stiegen Mannesmann um 11 Punkte. Auf Gerüchte von finanziellen Transaktionen gaben sie später jedoch wieder etwas nach. Daimler gewann über 20 Proz. auf die Nachricht von dem guten Geschäftsgang und der voraussichtlichen Zulassung der neuen Aktien zum Börsenverkehr. Kaliaktien wurden durch die Annahme einer Preiserhöhung einstweilen beeinflusst und meist über 10 Proz. gesteigert. Höchst setzten 29 Proz. höher ein. Von chemischen Werten waren Oberschlesische Kokswerke 15 Proz. besser, dagegen Goldschmidt unter Schwankungen um 7 Proz. schwächer. Ostasiatische erlangten auf die Meldung von der Zulassung der Gesellschaft als rechtsfähiges Institut in Südafrika eine Steigerung um etwa 80 Proz. Sonst überwogen Abschwächungen mäßigen Umfangs. Der

Anzugstoffe
solide — per Mtr. von 42 Mk. an — modern
Maßanzüge
sorgf. Verarbeitung, auf guten Zut., von 550 Mk. an
EW. WENZEL
Gen.-Vertr. von Laus. Tuchfabriken
Kaiser-Friedr.-Ring 30, Tel. 1297

Bekanntmachung.

Aus Anlaß der Rennen auf der Wiesbadener Rennbahn bei Erbenheim am 24. und 31. ds. Mts. wird zur Regelung des Reit- und Fuhrverkehrs für die Zeit von 1—2 und 6—8 Uhr nachmittags folgendes bestimmt:

1. Die Frankfurter Straße ist für Reiter, Radfahrer und alle nicht der Personenbeförderung dienenden Fahrzeuge verboten.

2. Der Durchgangsverkehr von Fahrzeugen auf der Frankfurter Straße, von der Rheinstraße bis zur Gemarkungsgrenze (Siegelhof), ist in der Zeit von 1—2 Uhr nachmittags für alle aus der Richtung Erbenheim kommende und in der Zeit von 6—8 Uhr nachmittags für alle aus der Richtung Wiesbaden kommende Fahrzeuge verboten.

3. Samtliche Kraftfahrzeuge (Automobile) haben auf der Fahrt zum Rennplatz und zurück den Fahrdamm der Frankfurter Straße längs der Bordkante des linken Bürgersteiges zu benutzen.

4. Samtliche mit Personen beauftragte Personenfuhrwerke haben auf der Fahrt zum Rennplatz und zurück die Mitte des Fahrdammes der Frankfurter Straße zwischen dem für Kraftfahrzeuge bestimmten Wegerecht und dem Straßenabgelasse zu benutzen.

5. Sobald bei mehreren der zu 3 und 4 genannten daselbst Ziel verfolgenden Fahrzeugen eine Reihenfolge von 3 und mehr Fahrzeugen entsteht, hat jedes neue einkommende Fahrzeug sich dem letzten in der Reihe anzuschließen. Kein Fahrzeug darf aus der Reihe ausbrechen, vordringende überholen oder sich in die Reihe einschleichen.

6. Samtliche Fahrzeuge dürfen nur mit mäßiger Geschwindigkeit fahren; Kraftfahrzeuge nicht über 15 Kilometer in der Stunde.

7. In der Frankfurter Straße ist das Halten von Fahrzeugen nur soweit gestattet, als das Ein- und Aussteigen der Anwohner dies unbedingt erforderlich macht.

Es wird erwartet, daß die angegebenen Vorschriften genau befolgt werden, da nur dadurch ein geregelter Verkehr von und nach dem Rennplatz erzielt werden kann.

Insbesondere ist den Anordnungen der Polizei-Beamten unbedingt Folge zu leisten, namentlich, wenn sie durch Erheben der rechten Hand das Zeichen zum „Halten“ geben, was hauptsächlich bei der Einfahrt der Straßenbahnwagen aus der Rheinstraße in die Frankfurter Straße erforderlich werden wird.

Zu widerstehenden gegen diese Bestimmungen werden auf Grund der Straßenpolizei-Verordnung vom 10. Oktober 1910 mit Geldstrafe bis zu 30 Mk. an deren Stelle im Unvermögen eine Haftstrafe bis zu 3 Tagen tritt, bestraft.

Wiesbaden, den 19. Juli 1921.
Der Polizeipräsident. F. B.: a. S. Bndt.

Billige

Reisegepäck-Versicherung

1 Monat Mark 2.50 pro Tausend
2 „ „ 3.50 „ „
3 „ „ 5. „ „ usw.

Versicherungsbüro Adolfsallee

Frhr. von Massenbach und Trautmann
Adolfsallee 28. Fernsprecher 882.

Neuheit! • Neuheit!
Patent-Liegestuhl



geeignet für Balkon, Garten, Strand, und Liegekuren, ferner Gartenschirme in verschiedenen Ausführungen zu beziehen durch

Galerie Banger, Luisenstr. 9
Besichtigung erbeten. 688

Selbstgefert. pr. Lederwaren
Taschentaschen, Geldtaschen, Brief- und Zigarrentaschen empfiehlt
Georg Mayer, Richlstr. 9, Part.

Anzugstoffe
solide — per Mtr. von 42 Mk. an — modern
Maßanzüge
sorgf. Verarbeitung, auf guten Zut., von 550 Mk. an

EW. WENZEL
Gen.-Vertr. von Laus. Tuchfabriken
Kaiser-Friedr.-Ring 30, Tel. 1297

Französische Rennen

zu Wiesbaden

Sonntag, den 24. Juli

Sonntag, den 31. Juli.

Anfang 2 Uhr.

Totalisator. — Sonderzüge der Staats- und Straßenbahnen.

Kleider- und Wäsche-Zentrale!

Kein Laden! Nur Etage!

Daher bin ich in der Lage meine Waren billiger zu verkaufen!

Herren- u. Jünglings-Anzüge, Herren- u. Jünglings-Hosen in allen Arten, Lüster- und Leinen-Sakkos, Schlosser-Anzüge, Socken, Bett- und Leibwäsche. Alles in bester Ausführung und Qualität.

A. Ellinger, Heinenstr. 30, Ecke Wellritzstraße.



Fischhaus Johann Wolter

Fischhalle Ellenbogengasse 12.
Fernruf 453. Gegründet 1886.

Seefische

zur Zeit besonders billig!

Aus frischer Zufuhr

empfehle für Freitag und Samstag solange Vorrat in nur bester Qualität:

Port.-Schellfisch Pfd. 1.80

Knurrhahn Pfd. 2.50

la Cabliau 2-3-pfdg. 2.50

Merlans feiner Backfisch mit wenig Gräten . . . 2.50

Goldbarsch ohne Kopf 2.00

Schellfisch 2-3-pfdg. 2.50

Seelachs ohne Kopf 2.00

Nordsee-Angelschellfische beste Sorte! 3.50

Steinbutt, Seezungen, Heilbutt, Limandes, Rotzungen, Schillen, Makrelen, Nordseecabliau

Bachforellen — Blaufelchen.

Matjes-Heringe Me-ne Marke; „Ohne Gleichen“

Stück 1.60 und 2.50.

Alle übrigen Heringsorten billigst.

Räucherfische!!

ERSTKLASSIGES SPEZIALGESCHÄFT

Wiesbaden, den 19. Juli 1921.

Der Polizeipräsident. F. B.: a. S. Bndt.

Freitag und Samstag

Großer Seefisch-Verkauf.

Frisch vom Fang in Eis empfehle:

ff. Angelschellfisch per Pfd. 3.50

la großen Schellfisch ohne Kopf Pfd. Mk. 2.50

Kleine Schellfische zum Braten Pfd. Mk. 2.00

Feinsten Cabliau 1/2 Fisch ohne Kopf Pfd. Mk. 4.—

Nordsee- im Ausschnitt Pfd. Mk. 5.—

ff. Seelachs im Ausschnitt . Pfd. Mk. 3.50

Alle anderen Fischarten frisch, gut und billig in:

Trückels Fischhallen
Hauptgeschäft: Grabenstr. 16. Telefon 775.

Zweiggeschäfte: Bleichstraße 26, Kirchstraße 7, Wörthstraße 14, Dotzheimer Straße 53, Zietenring 5 und Röderstraße 3.

Spulwürmer.

Devermin gebraucht man bei Erwachsenen und Kindern mit bestem Erfolg gegen Spul- und Madenwürmer.
Alleinverkauf: **Schützenhof-Apotheke,** Langgasse 11.

Anzugstoffe
solide — per Mtr. von 42 Mk. an — modern
Maßanzüge
sorgf. Verarbeitung, auf guten Zut., von 550 Mk. an

EW. WENZEL
Gen.-Vertr. von Laus. Tuchfabriken
Kaiser-Friedr.-Ring 30, Tel. 1297



Samstag, den 23. Juli 1921,
8 1/2 Uhr im Kurgarten:

Tanz-Abend
Sent M'ahesa

Tänze im altägyptischen Stil

Orchester: **Städtisches Kurorchester.**
Programm: Cimbaltanz, Tempeltanz, Messertanz, Yernoi, Mondgöttin. Pause. Indischer Tanz, Pfauntanz, Maskentanz, Beduinentanz.

Nur nummerierte Plätze:
1. Platz 15.—, 2. Platz 12.—, 3. Platz 8.—
(Vorherige Kartenlösung dringend erwünscht).

Bei ungünstiger Witterung findet die Veranstaltung im großen Saale statt, in welchem Falle die bereits gelösten Karten im Laufe des Veranstaltungstages in nummerierte Saalkarten umzutauschen sind. F221

Die Eintrittspreise betragen alsdann:
20, 18, 15, 12, 10 Mk.,
dazu 50 Pf. Garderobegebühr.

Städtische Kurverwaltung.

Kein Laden! I. Etage!
Zur Räumung meines Lagers
in soliden, farbigen und blauen

Herren-Stoffen

für Anzüge, Kostüme, Paletots u. gestr. Hosen verkaufe zu **wesentlich herabgesetzten Preisen.**

Reste konkurrenzlos billig.

Michelsberg 16, Ecke Hochstättenstraße 17
Teleph. 6487 **Sidel** — I. Etage. —

Schuhsohlen halten 9 Monate

Nicht kaputt zu kriegen.

Unser Goliathleder ist gesetzl. geschützt, vielfach prämiert und das beste Kernleder der Gegenwart. Unversleißbar und wasserdicht. Nur bei uns zu haben. Jede Reparatur in 1 Tag.

Herrensohlen, fertig aufgemacht, von 28 Mk. an

Damensohlen, 25

Verkauf von Leder zum Selbstaufmachen.

Kleine Reparaturen, Steppereien sofort und billigst.

Gummi-sohlen für Damen Mk. 16.—

Gummi-sohlen für Herren 18.—

aufvulkanisiert, nicht genagelt.

Gummiabätze billig und gut.

Werden sofort aufgemacht. Man kann darauf warten.

Goliath-Schuhgesellschaft

nur Coulinstraße 3. — Telefon 6074.

Dauer-Batterien

unerreichter Brenndauer

Flack, Luisenstr. (jetzt) 25, gegenüber Realgymnas.

Hamburger Fischhaus

Heute frisch eingetroffen:

Cabliau o. Kopf, im Ausschnitt Pfd. Mk. 3.20

Seelachs o. Kopf, im Ausschnitt Pfd. Mk. 2.40

Oranienstraße 14.

Telephon 4901.

Anzugstoffe

solide — per Mtr. von 42 Mk. an — modern
Maßanzüge
sorgf. Verarbeitung, auf guten Zut., von 550 Mk. an

EW. WENZEL
Gen.-Vertr. von Lau. Tuchfabriken
Kaiser-Friedr.-Ring 30, Tel. 1297

